

Bezugnahme auf den SZ-Artikel vom 21.05.2026 mit dem Titel „**Ein Deal gegen die Grünen**“

Frei nach Goethe: Kommende Legislaturperiode, mir graut vor dir

Was am vergangenen Mittwochabend im Unterhachinger Gemeinderatssaal passiert ist, stößt nicht nur bei der Fraktion der Grünen auf großes Unverständnis und sorgt zum Start einer neuen Amtsperiode nicht für Lust auf Demokratie. Eher forciert das Geschehen Spaltung und Polarisierung.

Doch von vorn, was ist passiert: Wie der Artikel bereits mit der Überschrift „**Ein Deal gegen die Grünen**“ vermuten lässt, wurde die breit vertretene, interessierte Unterhachinger Öffentlichkeit am Mittwochabend bei der konstituierenden Sitzung Zuschauer:in eines Schauspiels der Hinterzimmer-Gesprächs-Politik im besten Amigo-Stil. Nach der Vereidigung der neu gewählten Gemeinderät:innen, trug sich ein Drama in drei Akten ganz nach den Vorstellungen der großen Dichter und Denker (*u.a. Goethe - oder doch Hesse?*) zu:

1. Akt: Der Beschluss der Ausschussgrößen

Worauf der Artikel bedauerlicherweise gar keinen Bezug nimmt, war das Verfahren des Beschlusses der Ausschussgrößen. Dies sorgte bereits noch vor der Wahlgänge zu den beiden Bürgermeister-Stellvertreter:innen für einiges Geraune im Gemeinderatssaal und zurecht klare Kritik der Fraktion der Grünen. Im Schulterschluss mit den AfD-Vertretern fand diese mit Fug und Recht als skandalös zu betitelnde Abstimmung statt: Wie kann es denn im Sinne eines demokratischen Miteinanders sein, dass Fraktionen (FWU/ FDP) mit bis zu 50% vertreten sind, die Fraktion der Grünen lediglich mit 33%? Dies stellt eine faktische Fehlrepräsentation dar: 9 Grünen stehen 3 Ausschussposten zu, 9 CSUlern stehen 4 Posten (+ 1. Bürgermeister) zu und der oben bereits erwähnten neu gebildeten Fraktion FWU/ FDP (4) stehen zwei Posten zu – ein demokratisches Ungleichgewicht. Man könnte nun ob der Beweggründe unken. Entweder gängelt man damit bewusst eine inhaltsstarke Fraktion, oder man fürchtet sich vor einer fachlich-sachlichen Überlegenheit der Grünen und geht inhaltlich intensiven Diskussionen durch die Schaffung bequemerer Verhältnisse aus dem Weg.

2. Akt: Wahl 2. Bürgermeister:in

Wie dem Artikel zu entnehmen ist, mutete das Wahlverfahren der Stellvertreter:innen des ersten Bürgermeisters in seinem Ablauf und seiner Handhabung grotesk an. Ohne die bisher übliche, öffentliche Nennung von Kandidierendenvorschlägen – abgesehen von Evi Karbaumer – in einen solchen Wahlgang zu gehen, lässt an einem ernsthaften, transparenten und demokratischen Prozess zweifeln. Bei der Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahl zeigte sich dann eine gewisse Blockbildung, in die sich die beiden AfD-Vertreter treffsicher einfügten, was doch eine gewisse Erklärungsnotwendigkeit offenbart. Während die zweitgrößte Fraktion scheinbar systematisch übergangen wird, die immerhin mehr als 29 Prozent der Wähler:innen repräsentiert, entsteht der Eindruck, dass im Hintergrund nach politischer Zweckmäßigkeit statt nach demokratischer Fairness agiert wurde.

3. Akt: Wahl 3. Bürgermeister:in

Nun, so appellierte Claudia Köhler für die Grünen eindringlichst, wäre es ja mit der Wahl zum*r 3. Bürgermeister:in an der Zeit die Stimmen der Wähler:innen zu berücksichtigen. Als einzige Kandidatin wurde wieder lediglich Evi Karbaumer benannt - klare Sache sollte man meinen. Doch ein Drama wäre kein Drama, wenn es nun in einem offenen, fairen Miteinander enden würde. Auch bei diesem Wahlgang offenbarte sich erneut eine Blockbildung, die sich in 21 Stimmen für Alfons Hofstetter (FWU) abbildete. Der den Abend durchziehende, fast freundschaftlich wirkende Schulterschluss mit der AfD, deren Mandatsträger fröhlich lächelnd und klatschend vereidigt wurde, wirft ein äußerst irritierendes Licht auf diesen Abend. Es bleibt der Eindruck, dass Mehrheiten durch taktische Absprachen organisiert wurden, die weniger dem Wohl der Gemeinde und dem Wahlergebnis als vielmehr einer machtpolitischen Logik folgen.

Gerade in der Kommunalpolitik in Deutschlands größter Gemeinde ist das ein denkbar schlechter Start in die neue Amtsperiode. Sicherlich mag dieser Ablauf formal zulässig sein, politisch überzeugt er nicht. Im Gegenteil: Es hinterlässt den bitteren Eindruck, dass es hier weniger um kommunale Verantwortung als um Amigo-Politik im kleinsten Maßstab ging, was an den von der aktuellen Bundesregierung bekannten Dilettantismus grenzt.

Offen und erklärungsnotwendig bleibt darüber hinaus, wie es sein kann, dass die beiden Vertreter der AfD in beiden Wahlgängen zur 2. und zur 3. Bürgermeister:in auffallend treffsicher genau jene Kandidierenden ankreuzten, die auch von der Mehrheit der demokratischen Fraktionen gewählt wurden. Eine Verteidigung im Sinne von „Zufallsmehrheiten“ dürfte sich kaum jemand ernsthaft glaubhaft machen können, den Wähler:innen schon gar nicht. Besonders wer sich im Wahlkampf als Bürgermeister für alle inszeniert, sollte eigentlich tunlichst vermeiden, den Eindruck zu erwecken mit rechten Randstimmen kalkuliert zu haben.